

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gult. Ad. Schell, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitenstr.-Gede, Otto Fickisch, in Firma J. Keumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: C. Fouane in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bolen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Hoffe, Kaufmann & Högler H.-G., G. L. Danke & Co., Invalidentank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Bosen.

Ar. 12

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, ansonsten auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 6. Januar.

Inserate, die schlagspaltene Zeilen oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an demnach Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Amtliches.

Berlin, 5 Jan. Der König hat den Regierungs-Meffor v. Meer in Sigmaringen zum Ober-Amtmann in den Hohenzollernischen Landen und den Hauptpastor Dohrn in Altona zum Kirchenpropst der Propstei Altona ernannt.

Deutschland.

Berlin, 5. Januar.

Die Betrachtungen über die eigene und des Reiches wirtschaftliche und finanzielle Lage, zu denen gerade Weihnachtstfest und Jahreswechsel den Staatsbürger und Steuerzahler veranlassen, haben in Verbindung mit dem in derselben stimmungsreichen Zeit besonders starken Hange zu guten Vorzeichen, den Ruf nach Sparsamkeit im Reichshaushalt auch den Parteien entlockt, die sonst in ihm nur den Ausdruck regierungsfeindlicher Gesinnung erblicken. Selbst nationalliberale Organe verlangen in richtiger Erkenntnis unserer Finanzlage, daß bei der bevorstehenden Berathung des Etats im Reichstage ernste Versuche zu wirksamen Abstrichen gemacht werden sollen, und sie empfehlen als das einzige Gebiet, auf dem wirklich mit Erfolg und ohne Schaden gespart werden kann, den Marineetat mit seinen umfangreichen Neuforderungen für neue Schiffsbauten, Vermehrung des Personals und vermehrte Inbienststellung der Schiffe. Ganz richtig, das haben andere Leute schon längst empfohlen, und als vor drei Jahren, im ersten Regierungsjahre des jetzigen Kaisers, der Etat ganz unerwartet die Absicht einer Vergrößerung unserer Marine erkennen ließ, da gehörte auch Herr v. Bennigsen zu den einsichtsvollen und tapferen Leuten, die sich dem Streben widersetzen, gleichzeitig Heer und Marine bis zur äußersten Grenze der Ausdehnung und Leistungsfähigkeit zu steigern. Das vermag kein Staat. Leider hielt die damalige nationalliberale Tapferkeit nur bis zur zweiten Lesung vor; das in der Politik so wichtige „principiis obsta“ wurde versäumt. Im vorigen Jahre wurde dann der Versuch gemacht, die neuen Schiffsbauten abzulehnen, es kam zu den bekannten Auseinandersetzungen mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes Hollmann, der als rabiater Fachmann auftrat, in der dritten Lesung aber wurde doch die Hälfte der Schiffe bewilligt, weil der Kaiser auf einem parlamentarischen Diner Herrn Windthorst — übrigens nicht heimlich, sondern vor versammeltem Kriegsvolk — für einige Schiffe gewonnen hatte. Inzwischen hat die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und das unaufhaltsame Wachsen der Reichsschuld die Nothwendigkeit gründlichen Sparens den Volksvertretern so nahe gelegt, daß bei der ersten Lesung des Etats alle Parteien, mit Ausnahme der — Polen, sich mehr oder weniger bestimmt gegen die im jetzigen Etat wieder in unerwartetem Umfange enthaltenen Neuforderungen für die Marine ausgesprochen haben. In der That: jetzt oder niemals; rafft sich, so meint die „Frankf. Ztg.“, der Reichstag angeichts der jetzigen Finanzlage nicht zu entschiedenem Widerstand gegen die Sucht nach einer großen Kriegsflotte auf, dann ist in Zukunft der Militarismus zu Wasser ebenso wenig einzudämmen wie der zu Lande. Wir stehen daher in den nächsten Wochen vor einer wichtigen und folgenschweren Entscheidung, wichtig nicht nur für unsere Finanzen, unsere Steuerkraft und die Geschlossenheit unserer Aktion in einem künftigen Kriege, sondern ebenso wichtig in politischer Beziehung für das Verhältnis der Volksvertretung zur Regierung. Es geht aus dem zeitlichen Zusammenhange unzweifelhaft hervor, daß die Idee der Schaffung einer großen Kriegsflotte entweder von sehr hoher Stelle ausgeht oder doch von ihr angenommen worden ist. Nicht einer persönlichen Marineliebhaberei, wie im Reichstage gelegentlich gesagt worden ist, braucht der kostspielige und bedenkliche Plan zu entspringen; er kann und wird wohl auf ernstesten, aber nicht desto weniger unhaltbaren Erwägungen beruhen. Nicht voluptas wohl aber voluntas regis sieht hinter den großen Forderungen für die Marine, und das verleiht der Sache eine besondere Bedeutung. Es ist über das sic volo sic jubeo und das seinem Ursprung und seiner Bearbeitung nach noch unklarere „suprema lex regis voluntas“ sehr viel bald mehr oder weniger geistreich gesprochen und geschrieben worden; es hat bald den Witz, bald ernste politische Betrachtungen über das Verhältnis des Kaisers zu seinen Ministern und dem Reichskanzler auf der einen, zum Reichstage auf der anderen Seite herausgefordert. Blätter, die früher im Wettstreit den höchsten Rekord erzielten, verdächtigen jetzt andere Parteien desselben Sports, und selbst der Mann aus dem Sachsenlande fürchtet für das Ansehen des Reichstages. Bei allen diesen Betrachtungen ist bis jetzt nichts herausgekommen, denn es läßt sich zwar mit Worten trefflich streiten, aber sehr schwer gegen Worte, zumal wenn sie von einem Monarchen nicht bei Regierungsakten gebraucht worden sind. Die neuen

Forderungen für die Marine sind nicht Worte, sondern Thaten, und da man annimmt, daß sie dem voluntas regis entsprungen, so wird sich ja bald zeigen, wo die Wettkriechenden des neuen Kurses und wo die festen Männer sitzen, die von dem Rechte des Volksvertreters ungeachtet Gebrauch machen und das Ansehen des Reichstages gegen jede auch noch so hohe Beeinflussung wahren.

Die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“ spricht den Wunsch aus, daß in unseren Parlamenten nicht wieder, wie im Vorjahre, eine Hezarbeit beginnen möge; das Blatt sagt: „Mit dem Wiederzusammentritt des Preussischen Landtages am 14. d. M. beginnt hoffentlich nicht auch wieder dieselbe parlamentarische Hezarbeit wie im vorigen Winter, die am Tode unseres Windthorst wohl nicht ohne Mitschuld war. Monatelang zwei, drei oder gar vier Sitzungen von Morgens 10 bis Abends 5 oder 6 Uhr ununterbrochen und gleichzeitig, das hält kein Mensch aus, weder die Abgeordneten, noch die Journalisten, noch die Zeitungsetzer. Entweder die Arbeiter oder die Arbeit kommt dabei zu Schaden. Zwar drohen uns dies Mal nicht so massenhafte Reform-Vorlagen wie vor einem Jahre; aber wenn die Regierung ihrem Eifer nicht bei Zeiten Zügel anlegt, kann es ebenso schlimm werden. Wir wollen darum hoffen, daß die Meldung sich bestätigt, die Reichsregierung habe von mancherlei geplanten Vorlagen Abstand genommen, damit der Reichstag dem Preussischen Landtage möglichst wenig Raum wegnehme.“

Die Tage der besonderen Frauen-Krankenkassen scheinen bald gezählt zu sein. Es hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß diese Kassen von den Arbeiterinnen kaum am Leben erhalten werden können. Die Zahl der Erkrankungen ist bei den weiblichen Arbeitern größer als bei den männlichen, der Lohn aber erheblich geringer. Das letzte Jahr hat dies namentlich gezeigt. Es wird daher allgemein die Nothwendigkeit empfunden, die Krankenkassen zu gemeinsamen Kassen für Männer und Frauen zu gestalten, und wenn auch Schritte hierzu bisher nicht gethan wurden, so dürften sie doch bald bevorstehen, da die Dinge eine Aenderung gebieterisch erheischen.

Von dem Gewerkschaftskongresse in Halberstadt (14. Mai) ist eine wichtige Einwirkung auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung zu erwarten. Da die lokalen Organisationen derjenigen Orte, in welchen den Zentralisationen kein gesetzliches Hinderniß im Wege steht, nicht zur Vertretung zugelassen werden, so wird der Plan der großen Unionen wohl durchbringen. Von der Hamburger „Generalcommission der deutschen Gewerkschaften“ ist ein langer Entwurf der künftigen Organisation ausgearbeitet, dem der Vorwurf gemacht wird, daß er stark bürokratisch sei.

Frankreich.

Nachdem Frankreich durch die Absendung der Expedition de Brazza zum vierten Male versucht, die Gebiete am Tschad-see vom französischen Kongogeiete aus zu erreichen, und den Deutschen in den Hinterländern von Kamerun zuvorzukommen, werden jetzt in Paris den Deutschen Ausdehnungspläne vom Logogeiete aus unterschoben. Es wird der „Voss-Ztg.“ nämlich gemeldet:

Paris, 5. Januar. Die „Havas-Agentur“ läßt sich aus Togo land melden, daß die Pfeil'sche und Kling'sche Expedition bis auf wenige Tagemärsche von Walaule gelangt sei, welches nahe bei Soy, dem Endpunkte der französischen Nigergebieten, gelegen ist. Ein höherer Beamter des Togoandes äußerte in einer Unterredung, daß die deutschen Bestrebungen dahin gingen, in der Richtung zum Niger das Land bis zum weissen Volta in Besitz zu nehmen. Weber England noch Frankreich könne Deutschland hindern, mit Umgehung Dahomeys nach Soy und Rupe vorzudringen.

Von einem Hinderniß könnte allerdings nicht die Rede sein, denn diese Hinterländer fallen nicht in eine der bereits begrenzten Interessensphären, doch glauben wir, bemerkt die „Voss-Ztg.“, nicht, daß eine andere Ausdehnung des deutschen Machtbereiches als zu Handelszwecken in Aussicht genommen ist. Wir sehen in Ostafrika, wohin es führt, wenn ungeheure Länderstrecken durch einfache Verträge mit Häuptlingen „in Besitz genommen“ oder „unter deutschen Schutz“ gestellt werden und auch die Reichsregierung dürfte zur Erkenntnis gelangt sein, daß ein gewisses Dämpfen des Angliederungsfiebers am Plaze ist. Nachdem man die begangenen Fehler in Ostafrika kennt, wird man dieselben wohl in westafrikanischen Binnenlande nicht von Neuem begehen, so verlockend es auch sein mag, Franzosen und Engländern zuvorzukommen.

Amerika.

Eine Ministerrats-Sitzung ist nach Meldung der „Voss-Ztg.“ in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgebrochen. Zwischen dem Staatssekretär Blaine und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts seien ernste Meinungsverschiedenheiten entstanden über das Vorgehen Blaine's gegen Chile. Präsident Harrison stehe auf Seiten der Gegner Blaine's und table dessen Auftreten gegenüber Chile, so daß der Rücktritt Blaine's wahrscheinlich bevorstehe.

Chile.

* Der neu erwählte Präsident von Chile, S. Montt, hat unter dem 10. November 1891 nachstehenden, vom chilenischen Kriegsminister A. Holley gegenzeichneten Antrag an den Senat gerichtet, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ mittheilt: „Mitbürger des Senats! Herr Emil Körner hat sich im Heere hohes Ansehen erworben. Seine Einsicht, Wissen und Erfahrung haben sich im Feldzuge kund gethan, und es liegt im öffentlichen Interesse, ihn dem Dienste des Landes zu erhalten. Nach den von Herrn Körner gebrachten Opfern und bestandenen Gefahren ist es auf der anderen Seite gerecht, ihm die wohlverdienten Ehren und Belohnungen zuzuerkennen, und zu dem Ende fordere ich Eure Zustimmung, Herrn Emil Körner zum Brigadegeneral zu ernennen.“

In derselben Sitzung wurde die Zustimmung zur Ernennung des Herrn Emil Körner zum Brigadegeneral einstimmig, mit 16 Stimmen, ertheilt.

General Körner gehörte bis zum Jahre 1885 der preussischen Feldartillerie als Hauptmann an und war bis zu dieser Zeit Lehrer an der Artillerie- und Ingenieurschule. Er wurde alsdann als Lehrer der Artilleriewissenschaft und Taktik nach Chile engagirt, wo er nunmehr nach Beendigung des Krieges zu der Generalscharge befördert worden ist.

Wie an mancher anderen Stelle im Auslande, hat in General Körner ein preussischer Offizier durch hervorragende Leistungen in Krieg und Frieden, sowie durch Pflicht und Berufstreue, auch in Chile sich eine ehrenvolle Stellung geschaffen und ebenso wie unsere Seeoffiziere den deutschen Namen jenseits des Ozeans zu Ansehen und Ehren gebracht.

Vermischtes.

* Aus der Reichshauptstadt. Zu dem Köpenicker Raubmorde haben wir bereits gemeldet, daß die Geliebte des Steinräubers Rutke, Christiane Schütt, gestern Nachmittag auf dem Saitiner Bahnhofe verhaftet worden ist. Da die Schütt mit dem von ihr dem Rutke angegebenen Zuge nicht eintraf, nahm man ursprünglich an, daß sie von der ihr bevorstehenden Verhaftung Wind bekommen habe. Dies war glücklicherweise nicht der Fall, sie hatte sich nur verspätet und langte wohlgerathen mit dem späteren (5 Uhr-) Zuge hier an. Während sie auf dem Perron nach ihrem Bräutigam, der sie hier erwarten sollte, ausspähte, trat der Kriminalkommissarius Braun an sie her und begrüßte sie mit den Worten: „Guten Tag, Christiane!“ Da die Schütt, welche der Beamte nur nach der ihm gegebenen Personalbeschreibung kannte, einen ziemlich ausgedehnten Bekanntenkreis hat, so fiel sie auf das Experiment hinein und erwiderte freundlich den Gruß des Kommissars, der sie daraufhin höflich zu einer Fahrt nach dem Polizeipräsidium einlud. Allem Anscheine nach hatte sie von dem Raubmord keine Kenntniss. Sie dürfte nur als Heblerin zu betrachten sein. Nach ihren nicht ungläubwürdigen Angaben ist Rutke in der Nacht zum Donnerstag, den 31. v. M. gegen 2 Uhr nach ihrer Wohnung gekommen und hat dort einen Sack, in dem sich allerhand Gegenstände: Pöblefleisch, Butter, Zigarren, Wolle, Strümpfe etc. befanden, abgelegt; er zeigte der Schütt auch eine Handvoll Goldstücke, bezüglich deren er bemerkte, sie würde später Näheres über den Erwerb des Geldes erfahren. Die Schütt will von ihrem Bräutigam nur etwas Kleingeld und eine silberne Remontuhr-gehörig erhalten haben; die Waaren habe Rutke bei ihr zurückgelassen und bezüglich der Goldstücke angegeben, daß er dieselben anderweit verstecken werde. Nach seiner Entfernung will die Schütt, in der Annahme, daß Rutke das Geld, während sie das Zimmer verlassen hatte, in letzterem verborgen habe, nach den Goldstücken gesucht, dieselben aber nicht gefunden haben. Diese Angabe klingt ebenfalls sehr wahrscheinlich, denn bekanntlich wurde das Geld — 500 Mark in Gold — erst bei der polizeilichen Durchsuchung der Wohnung in der Nähe des Heerdes verborgen aufgefunden. Im Uebrigen bestätigt die Schütt die bereits mitgetheilten Details ihrer Reise nach Waren, welche ursprünglich den Zweck hatte, ihren Eltern den Rutke als Bräutigam vorzustellen. Ihr Verhältnis mit diesem ist nicht ohne Folgen geblieben und sie hatte daher die Eheschließung zu beschleunigen versucht. Statt des Bräutigams traf indeß eine Postkarte desselben in Waren ein, in welcher Rutke seiner Braut mittheilte, daß er nicht nach dort kommen könne, sondern die Schütt auf dem hiesigen Saitiner Bahnhof erwarten werde. Wenn an der Schuld des Rutke noch irgend ein Zweifel bestände, so darf derselbe durch die Aussage seiner Geliebten als vollständig beseitigt gelten.

Eine eigenartige Neujahrserfahrung wurde einem hiesigen Rentier S. zu Theil. Als derselbe am Neujahrabend nach Hause zurückkehrte, fand er dort seine Behältnisse erbrochen und ihres Inhaltes beraubt vor. Es fehlten außer barem Gelde zwei Depotscheine der Reichsbank über 30 000 und 20 000 M., eine Anzahl Prämien-Rückgewährscheine von Versicherungsgesellschaften, mehrere Dubend Messer mit Eisenheftgriffen, 1/2 Dubend silberne Theelöffel, gezeichnet J. S., und andere weniger werthvolle Gegenstände. Am folgenden Morgen schon überreichte ein Postbeamter dem überraschten Manne die sämmtlichen ihm gestohlenen Werthpapiere. Der Dieb hatte es nicht gewagt, dieselben für sich nutzbar zu machen, sondern sie einfach in den nächsten Briefkasten gesteckt, bei dessen Leerung die Papiere gefunden wurden. Der freundliche Einbrecher hat sich lediglich an den gestohlenen Messern, Löffeln etc. schadlos gehalten.

Ein recht trauriges Ereigniß, welches die Familie des Malermeisters B. zu Lichtenberg in tiefe Betrübniß versetzt hat, wird uns, wie folgt, gemeldet: Herr B. war gestern mit dem Vaden eines Revolvers beschäftigt, welchen er während einer längeren Abwesenheit seiner Ehefrau zum Schutze zurückzulassen gedachte. Bei dieser Beschäftigung sah der 13-jähr. Sohn des Herrn B. dem Vater zu; aus noch nicht aufgeklärter Ursache entlud sich

